

16 Diskussion und Ausblick

Jugend und Politik ist ein undankbares und dankbares Thema zugleich. Undankbar, weil Rechtsextremismus kein einheitliches Syndrom darstellt, sondern sehr viel differenzierter betrachtet werden muß, als dies zuweilen geschehen ist. Vielmehr stellen Fremdendistanz, Anomie und rechts-autoritäre Einstellungen (sicherlich nicht die einzigen) distinkt identifizierbaren Teilaspekte dar, die zwar von den hier befragten Jugendlichen mit zunehmendem Alter aufeinander bezogen werden, jedoch durchaus einen unterschiedlichen Entwicklungsverlauf nehmen. Während anomische und rechts-autoritäre Einstellungen von den Mittelwerten her im Längsschnitt stabil bleiben, nimmt in den hier befragten Kohorten die Distanz zu Fremden mit dem Alter zu. Nach EASTON (1967) ist es der am wenigsten verbindliche Bereich einer demokratischen Ordnung – die Unterstützung für demokratische Werte –, dem im Verlauf der Adoleszenz eine abnehmende Zustimmung gewährt wird. Gleichzeitig stellt die Zustimmung zu demokratischen Werten den grundlegenden Aspekt einer diffusen Unterstützung dar, haben diese doch nach EASTON (1967) Rückwirkungen auf die gesetzten Normen und Herrschaftsstrukturen. Sollte das Ressourcen-Argument zutreffen und eine Antizipation verknappter Zugangsmöglichkeiten zum Arbeitsmarkt die Distanz zu Fremden erhöhen – und die vorgelegten Analysen sprechen sehr für diese Interpretation – so wäre es nicht damit getan, diesen Jugendlichen später einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz zu geben. Entwicklungspsychologisch betrachtet wäre es ebenso relevant, Jugendlichen eine Perspektive zu bieten, die verhindert, daß die zukünftigen Staatsbürger der demokratischen Ordnung gegenüber eine Zweck-Mittel-Rationalität entwickeln. Denn diese spezifische Unterstützung wird der politischen Ordnung nur so lange gewährt, wie die eigenen Interessen als berücksichtigt und erfüllt angesehen werden. Die beruflichen und politische Entwicklungsaufgabe werden hierarchisch sequenzialisiert. Kann in der sensitiven Jugendphase keine diffuse Unterstützung entwickelt werden, ist eine der zu befürchtenden Folgen, daß Jugendliche mit einer instrumentellen Sichtweise durch spätere Jobs ›ruhig gestellt‹ werden können. Eine diffuse Unterstützung für die demokratische Ordnung wird dadurch noch nicht erzeugt.

Jugend und Politik ist ein dankbares Thema, weil Jugendliche keine gesellschaftsabstinenten Re-Akteure makrosozialer Entwicklungen sind. Jugendliche machen sich Gedanken über die Gesellschaft und zwar dort, wo sie sich in ihrer eigenen Biographie mit gesellschaftlichen Bedingungen konfrontiert sehen (SPRANGER 1955). Jugendliche machen sich Gedanken über ihre eigene Zukunft und sind zumeist zuversichtlich, diese besser zu bewältigen, als die Gesellschaft dies tun wird. Sie können dabei in der Regel auf die Unterstützung ihrer sozialen Umwelt (COLEMAN 1990) und insbesondere auf

ihre eigenen Fähigkeiten vertrauen (OERTER 1978; LERNER 1984; SILBEREISEN 1986). Beides unterliegt in der Perzeption der Heranwachsenden einer starken Dynamik, die aber in aller Regel nicht von Konfusion, sondern von zunehmender Stabilisierung gekennzeichnet ist. Das Selbstbild gewinnt im Verlauf der hier gemessenen biographischen Phase an Kontur, und es zeichnet sich bereits im Alter von sechzehn Jahren ab, daß die Jugendlichen eine sehr konkrete, zumeist positive Vorstellung von dem haben, wer sie sind und wie sie sich gegenüber der Gesellschaft verhalten wollen. In der Lesart von ERIKSON (1966) heißt das: Jugendliche entwickeln eine zunehmend stabilere und konsistentere Ich-Identität. Variationen in der Selbstwahrnehmung werden mit zunehmendem Alter unwahrscheinlicher. Auch die Wahrnehmung der Umwelt wird auf einem neuen Niveau reorganisiert. Nach anfänglichen Veränderungen in der Perzeption der Mikrosysteme zu Beginn der Jugendphase verdichten sich die Vorstellungen von Familie und Schule im Verlauf der Adoleszenz zu einer relativ gefestigten Sicht auf diese Lebenswelten. Dies könnte wiederum mit ERIKSON (1966) als Reorganisation der sozialen Rolle interpretiert werden, die mit etwa sechzehn Jahren die Reflektion darüber zu beinhalten scheint nicht mehr Kind, sondern Jugendlicher mit anderen Freiräumen und Anforderungen zu sein. Es scheinen aber gerade diese Freiräume und die Veränderungen in der Adoleszenz zu sein, die dazu führen, daß individuelle Positionierungen ausprobiert werden. Die Zusammenhänge zwischen den Merkmalsausprägungen gerade zu Beginn der Jugendphase machen deutlich, daß der Weg zur Ich-Identität, zu einer individuell aufeinander beziehbaren sozialen und personalen Identität, nicht geradlinig verläuft und (gesellschaftlich) ausgetrampelten Pfaden folgt. Kennzeichnend für die Jugendlichen ist ein ethisches Experimentieren (SPRANGER 1955), ein Ausprobieren individueller Positionierungen (ERIKSON 1970), also insgesamt eine variable, keine deterministische Entwicklung (OVERTON/ REESE 1979). Dieses Austarieren von Lebensvorstellungen scheint aber dennoch bei den meisten Jugendlichen in einer Zukunftsperspektive zu münden, bei der sie gerne einen Beruf ausüben würden, der ihren Neigungen entspricht (OERTER 1981), ohne dabei auf finanzielle Ressourcen verzichten zu wollen (FERCHHOFF/ KURTZ 1994) und bei der sie demokratische Werte, Normen und Herrschaftsstrukturen anerkennen (EASTON 1967).

Werden diese Interpretationen des Datenmaterials vor dem Hintergrund des metatheoretischen Rahmens zusammengezogen, so wäre zu formulieren, daß sich *der Prozeß politischer Sozialisation im Jugendalter als dynamisch-situative Stabilisierung der Persönlichkeit gestaltet, die in der Verknüpfung variabler und stabilisierender Momente der Jugendphase eine gelingende Einführung in die politische Kultur gewährleistet* (EASTON 1967; FEND 1991; OERTER 1998B). Gelingend heißt hier, daß die Mehrzahl der Jugendlichen der demokratischen Ordnung eine diffuse Unterstützung gewährt, ihr zumindest diese nicht entzieht, sondern zunehmend erkennt, daß die Akzeptanz demo-

kratischer Werte, Normen und Herrschaftsstrukturen miteinander verknüpft sind. Diese Grenzziehung gelingender politischer Sozialisation folgt im Grunde dem Argument von ARENDT (1970B), daß in einer demokratischen Ordnung das Konsens-Dissens-Prinzip gelten muß. Es gibt einen Konsens, innerhalb dessen das Recht auf Dissens erhalten bleiben muß. Indem die Forschung zu Rechtsextremismus und Jugend herausgegriffen und mit Hilfe des Konzeptes von EASTON (1967) systematisiert wurde, bot sich die Möglichkeit, zumindest kenntlich zu machen, wann der demokratische Konsens verlassen wird, wann also Jugendliche nicht mehr in der Lage sein werden, das Handeln der politischen Akteure vor dem Hintergrund der demokratischen Ordnung kritisch zu betrachten (FEND 1991). Ausgrenzung, Entsolidarisierung und dem nationalsozialistischen Herrschaftsprinzip entlehnte autoritäre Vorstellungen sind jenseitig dieses Konsenses anzusiedeln.

Dies ist der normative Aspekt bei der Betrachtung politischer Sozialisation, dem sich auch diese Arbeit nicht entziehen kann und will. Allerdings wird der Anspruch erhoben, die Induktion Jugendlicher in die demokratische Kultur nicht aus der Attributionsperspektive der Gesellschaft, sondern aus der Erwartungsposition der Jugendlichen nachzuzeichnen. Im Laufe der Ausführungen wurde immer wieder die Frage in den Vordergrund gerückt, weshalb Jugendliche überhaupt anfangen, über Gesellschaft nachzudenken. Das mag ab Ende der sechziger Jahre die gesellschaftliche Forderung an die Jugend gewesen sein, die demokratische Zukunft darzustellen, ohne daß die ältere Generation bereit gewesen wäre, die eigene nationalsozialistische Vergangenheit aufzuarbeiten (MITSCHERLICH/ MITSCHERLICH 1967), das mag für die achtziger Jahre das Versprechen an die Jugend sein, in eine Wohlstandsgesellschaft hineinzuwachsen, ohne die Umweltrisiken dieses Wohlstands zu thematisieren (BECK 1986) oder eben in den neunziger Jahren die Norm der beruflichen Integration, ohne daß für alle Jugendlichen günstige Bedingungen für diese Integration hergestellt wurden (MÜNCHMEIER 1997; REINDERS/ BUTZ 2001).

Mit der vorliegenden Arbeit wird dafür plädiert, nicht zu fragen, wo Gesellschaft über Jugend beunruhigt sein sollte, sondern wo Jugendliche über die Gesellschaft, in die sie sich integrieren, besorgt sind. Somit wäre die Möglichkeit gegeben, bei den Bedürfnissen von Jugendlichen anzusetzen, was nach den referierten Ergebnissen dringend notwendig zu sein scheint. Denn: Jugendlichen, nachdem sie die Schule verlassen haben einen Arbeitsplatz zu geben, ist zwar ein relevanter Aspekt; aufgrund der Wertesensitivität im Jugendalter wäre es aber weitaus wichtiger, Heranwachsenden eine Perspektive zu bieten, die bei ihnen das Vertrauen in die demokratische Ordnung fördert. Eine im Jugendalter einmal ausgebildete Zweck-Mittel-Rationalität wird durch einen späteren Arbeitsplatz vielleicht befriedigt, behoben wird sie dadurch wohl eher nicht.